



Liebe Leserinnen und Leser,

wir freuen uns, Ihnen die neueste Ausgabe des Newsletters „Windenergierecht aktuell“ der Stiftung Umweltenergierecht zu präsentieren. Unser Newsletter informiert Sie regelmäßig über windenergiebezogene Themen aus den Bereichen

- Gesetzgebung und rechtspolitische Entwicklungen
- Rechtsprechung und
- Literatur

Wir wünschen Ihnen viel Freude beim Lesen und freuen uns, wenn Sie unseren Newsletter weiterempfehlen!

Herzliche Grüße

Thorsten Müller

Vorsitzender des
Stiftungsvorstandes

Frank Sailer

Leiter Forschungsgebiet
Energieanlagen- und
Infrastrukturrecht

Aktuelles aus der Stiftung Umweltenergierecht

#Klimaschutzrecht2031:

Gesprächsrunde:

[Wie bringen wir
Artenschutz und
Energiewende voran?](#)

8. Juli 2021

10:00 bis 11:30 Uhr

Online-Seminarreihe

[Green Deal erklärt](#)

27. Juli 2021

9:00 bis 10:00 Uhr

23. Würzburger Gespräche
zum Umweltenergierecht

[Ziel Klimaneutralität – \(Wie\)
hält das Energierecht
Schritt?](#)

20. / 21. Oktober 2021

**Mehr Informationen
finden Sie auf unserer
Veranstaltungsseite.**

Inhalt

I. Gesetzgebung und Vollzug	3
1. Gesetzgebung	3
2. Vollzug	6
II. Rechtspolitische Entwicklungen	7
1. Bund	7
2. Bundesländer	7
a. Baden-Württemberg	7
b. Bayern	8
c. Brandenburg	9
d. Hamburg	10
e. Hessen	10
f. Mecklenburg-Vorpommern	11
g. Niedersachsen	11
h. Nordrhein-Westfalen	11
i. Rheinland-Pfalz	14
j. Sachsen	14
k. Thüringen	14
III. Aktuelle Rechtsprechung	16
1. Bundesverwaltungsgericht	16
2. Oberverwaltungsgerichte/Verwaltungsgerichtshöfe	16
3. Verwaltungsgerichte	19
4. Zivilgerichte	20
IV. Literatur	21
1. Juristische Aufsätze und Beiträge	21
2. Bücher	24
3. Sonstige wissenschaftliche Veröffentlichungen	25
4. Sonstiges	28

I. Gesetzgebung und Vollzug

1. Gesetzgebung

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Betreffend: Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung unionsrechtlicher Vorgaben und zur Regelung reiner Wasserstoffnetze im Energiewirtschaftsrecht

BT-Drucksache 19/27453 vom 09.03.2021

Aus dem Inhalt: Unter anderem Änderungen zur Ausschreibungskontingentierung für Windenergieanlagen an Land und zur finanziellen Beteiligung von Standort- und Nachbargemeinden an den Erträgen aus der Windenergienutzung.

→ [Zur Drucksache](#)

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Energie

Betreffend: Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung unionsrechtlicher Vorgaben und zur Regelung reiner Wasserstoffnetze im Energiewirtschaftsrecht

BT-Drucksache 19/30899 vom 22.06.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Beschluss des Bundestages

Betreffend: Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung unionsrechtlicher Vorgaben und zur Regelung reiner Wasserstoffnetze im Energiewirtschaftsrecht

Plenarprotokoll 19/236 vom 24.06.2021

→ [Mehr](#)

Beschluss des Bundesrates

Betreffend: Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung unionsrechtlicher Vorgaben und zur Regelung reiner Wasserstoffnetze im Energiewirtschaftsrecht

BR-Drucksache 578/21 vom 25.06.2021

→ [Mehr](#)

→ [Zum Gesamtvorgang](#)

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Betreffend: Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung von Vorgaben der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (Neufassung) für Zulassungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz, dem Wasserhaushaltsgesetz und dem Bundeswasserstraßengesetz
BT-Drucksache 19/27672 vom 17.03.2021

Aus dem Inhalt: „Die Richtlinie (EU) 2018/2001 (...) zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (...) (RED II) ist am 24. Dezember 2018 in Kraft getreten. Sie sieht bestimmte Vorgaben vor für das Verwaltungsverfahren bei der Zulassung von Anlagen zur Produktion von Energie aus erneuerbaren Quellen. Die Verfahrensvorgaben der Richtlinie betreffen unter anderem immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren. (...) Die Verfahrensvorgaben der Richtlinie gehen teilweise über bereits im Immissionsschutzrecht des Bundes (...) vorhandene Verfahrensregelungen hinaus.“

→ [Zur Drucksache](#)

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Betreffend: Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung von Vorgaben der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (...)

BT-Drucksache 19/30954 vom 22.06.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Beschluss des Bundestages

Betreffend: Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung von Vorgaben der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (...)

Plenarprotokoll 19/236 vom 24.06.2021

→ [Mehr](#)

→ [Zum Gesamtvorgang](#)

Beschluss der EU-Kommission

Betreffend: EU-Wettbewerbshüter genehmigen Erneuerbare-Energien-Gesetz 2021

Pressemitteilung der Europäischen Kommission vom 29.04.2021

Aus dem Inhalt: „Die Europäische Kommission hat heute das neue Erneuerbare-Energien-Gesetz beihilferechtlich genehmigt, das am Jahresanfang in Kraft getreten ist („EEG 2021“). Das EEG 2021 enthält die Rahmenbedingungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland. Im Umfang der Genehmigung kann das zum 1. Januar 2021 in Kraft getretene Gesetz damit ab sofort angewendet werden.“

→ [Zur Pressemitteilung](#)

→ [Zum Dokument](#)

Gesetzentwurf der AfD-Fraktion im Hessischen Landtag

Betreffend: Gesetz zur Änderung des Hessischen Waldgesetzes (HWaldG)

LT-Drucksache 20/6033 vom 24.06.2021

Aus dem Inhalt: „Novellierung des Hessischen Waldgesetzes (HWaldG) unter Verbot zur Aufstellung von Windenergieanlagen.“

→ [Zur Drucksache](#)

Gesetzentwurf der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Betreffend: Gesetz zur Änderung des Waldgesetzes für den Freistaat Sachsen (SächsWaldG)

LT-Drucksache 7/6704 vom 04.06.2021

Aus dem Inhalt: „Durch eine Ergänzung in § 8 Abs. 1 wird gewährleistet, dass die Wälder in Sachsen in Zukunft vor dem Bau von Windenergieanlagen geschützt werden, da die Errichtung dieser Anlagen in Wäldern § 1 des Gesetzes zuwiderlaufen.“

→ [Zur Drucksache](#)

Gesetzentwurf der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Betreffend: Gesetz zur Änderung der Sächsischen Bauordnung

LT-Drucksache 7/6705 vom 04.06.2021

Aus dem Inhalt: „Um die Akzeptanz für Windenergieanlagen bundesweit in der Bevölkerung zu erhöhen und gleichzeitig verbindliche und einheitliche Schutz- und Abstandsräume zur Wohnbebauung zu schaffen, haben die Länder mit § 249 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) vom Bundesgesetzgeber die Möglichkeit erhalten, landesgesetzlich Mindestabstände von höchstens 1.000 Metern zu dort näher bezeichneten baulichen Nutzungen zu Wohnzwecken vorzusehen. Mit der hier angestrebten Änderung der Sächsischen Bauordnung ist beabsichtigt, diese Möglichkeit anzuwenden.“

→ [Zur Drucksache](#)

2. Vollzug

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und Deutsche Flugsicherung GmbH (DFS)

Betreffend: BMWi und DFS unterstützen den Ausbau der Windkraft

Pressemitteilung vom 11.06.2021

Aus dem Inhalt: „Die DFS stellt bis zum Jahr 2030 alle An- und Abflugverfahren (...) auf satellitengestützte Flächennavigation um. Die DFS konnte daher in den vergangenen Jahren bereits 13 bodengestützte UKW-Drehfunkfeuer außer Betrieb nehmen, 13 weitere sollen bis 2030 folgen. Für die Modernisierung verbleibender Navigationsanlagen stellt das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) eine Fördersumme von 14 Mio. Euro bereit. In Folge können mehr WEA in Schutzbereichen genehmigt werden.“

→ [Zur Pressemitteilung](#)

II. Rechtspolitische Entwicklungen

1. Bund

Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage mehrerer Abgeordneter der FDP-Fraktion vom 22.04.2021

Betreffend: Beihilferechtliche Genehmigung des EEG 2021

BT-Drucksache 19/29461 vom 07.05.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage mehrerer Abgeordneter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.04.2021

Betreffend: Windenergieausbau und Interessen der Bundeswehr

BT-Drucksache 19/29687 vom 17.05.2021

→ [Zur Drucksache](#)

2. Bundesländer

a. Baden-Württemberg

Kleine Anfrage des Abgeordneten Anton Baron (AfD) vom 14.06.2021

Betreffend: Brandgefahr von Windkraftanlagen

LT-Drucksache 17/207 vom 14.06.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Stellungnahme der Landesregierung vom 13.04.2021 auf den Antrag des Abgeordneten Gernot Gruber und anderer Abgeordneter der SPD-Fraktion vom 12.04.2021

Betreffend: Einfluss der Landesregierung und insbesondere des Ministeriums für den Ländlichen Raum auf Genehmigungen und Pachtverträge für Windkraftanlagen

LT-Drucksache 16/10063 vom 19.05.2021

→ [Zur Drucksache](#)

b. Bayern

Dringlichkeitsantrag mehrerer Abgeordneter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23.06.2021

Betreffend: Klimaschutz jetzt – Die Leerstellen der Klimapolitik endlich füllen

LT-Drucksache 18/16685 vom 23.06.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 28.04.2021 auf die schriftliche Anfrage der Abgeordneten Annette Karl (SPD) vom 26.02.2021

Betreffend: Windstützpunkte in Bayern

LT-Drucksache 18/15490 vom 11.06.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 26.04.2021 auf die schriftliche Anfrage des Abgeordneten Andreas Krahl (Bündnis 90/Die Grünen) vom 04.03.2021

Betreffend: Vereinbarkeit von Windkraftanlagen mit der Welterbestätte Wieskrichen – Teil I

LT-Drucksache 18/15454 vom 19.05.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 19.04.2021 auf die schriftliche Anfrage des Abgeordneten Jan Schiffers (AfD) vom 30.03.2021

Betreffend: Regionale „Windkümmerer“ im Regierungsbezirk Oberfranken

LT-Drucksache 18/15279 vom 07.05.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 19.04.2021 auf die schriftliche Anfrage des Abgeordneten Christian Klingen (AfD) vom 26.02.2021

Betreffend: Neodym – problematisches Element in Windenergieanlagen und Verpackungsboxen

LT-Drucksache 18/15283 vom 07.05.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Dringlichkeitsantrag mehrerer Abgeordneter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04.05.2021

Betreffend: Ein neues und wirksames Klimagesetz für Bayern

LT-Drucksache 18/15548 vom 04.05.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 23.03.2021 auf die schriftliche Anfrage der Abgeordneten Annette Karl (SPD) vom 26.02.2021

Betreffend: Aktualisierung des Windenergie-Erlasses

LT-Drucksache 18/14720 vom 30.04.2021

→ [Zur Drucksache](#)

c. Brandenburg

Kleine Anfrage der Abgeordneten Christine Wernicke (BVB/Freie Wähler) vom 17.06.2021

Betreffend: Brandschutz bei Windenergieanlagen

LT-Drucksache 7/3811 vom 17.06.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Kleine Anfrage der Abgeordneten Christine Wernicke (BVB/Freie Wähler) vom 14.06.2021

Betreffend: Genehmigung von Windenergieanlagen in geplanten FFH-Gebieten

LT-Drucksache 7/3762 vom 14.06.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 09.06.2021 auf die kleine Anfrage mehrerer Abgeordneter der AfD-Fraktion vom 10.05.2021

Betreffend: Auswirkungen von Windkraftanlagen auf menschliche Herzmuskelzellen

LT-Drucksache 7/3742 vom 09.06.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 07.06.2021 auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Christine Wernicke (BVB/Freie Wähler) vom 07.05.2021

Betreffend: Kontrolle von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für die Errichtung von WEA

LT-Drucksache 7/3693 vom 07.06.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Kleine Anfrage des Abgeordneten Peter Drenke (AfD) vom 18.05.2021

Betreffend: Entsorgung von Windkraftanlagen in Brandenburg

LT-Drucksache 7/3602 vom 18.05.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 11.05.2021 auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Philip Zeschmann (BVB/Freie Wähler) vom 12.04.2021

Betreffend: Zur Erstellung von Teilregionalplänen Windenergie

LT-Drucksache 7/3533 vom 11.05.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Mündliche Anfrage des Abgeordneten Steffen Kubitzki (AfD) vom 22.03.2021

Betreffend: Technologie für die Entsorgung von Windkraftanlagen (BTU Spremberg)

LT-Drucksache 7/3423 vom 21.04.2021

→ [Zur Drucksache](#)

d. Hamburg

Schriftliche Anfrage der Abgeordneten André Trepoll und Stephan Gamm (CDU) vom 11.06.2021

Betreffend: Energie aus regenerativen Quellen für den Hamburger Süden – Welches Potenzial bieten Windkraft, Moorburg und Solarenergie?

LT-Drucksache 22/4899 vom 18.06.2021

→ [Zur Drucksache](#)

e. Hessen

Kleine Anfrage des Abgeordneten René Rock (FDP) vom 08.06.2021

Betreffend: Aktueller Stand Windkraftausbau in Hessen

LT-Drucksache 20/5922 vom 08.06.2021

→ [Zur Drucksache](#)

f. Mecklenburg-Vorpommern

Kleine Anfrage der Abgeordneten Beate Schlupp (CDU) vom 15.06.2021

Betreffend: Wiedervernässung von Mooren/Errichtung von Windkraftanlagen in Mooren

LT-Drucksache 7/6246 vom 15.06.2021

→ [Zur Drucksache](#)

g. Niedersachsen

Kleine Anfrage mehrerer Abgeordneter der FDP-Fraktion vom 01.06.2021

Betreffend: Brände von Windkraftanlagen

LT-Drucksache 18/9422 vom 07.06.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Kleine Anfrage mehrerer Abgeordneter der FDP-Fraktion vom 31.05.2021

Betreffend: Wieso gehören Tausende von rotierenden Windkraftanlagen in Dimensionen von Fernsehtürmen zu unserer Kulturlandschaft?

LT-Drucksache 18/9428 vom 07.06.2021

→ [Zur Drucksache](#)

h. Nordrhein-Westfalen

Antwort der Landesregierung vom 14.06.2021 auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Christian Loose (AfD) vom 04.05.2021

Betreffend: Wie hoch sind die finanziellen Schäden durch Havarien bei Windindustrieanlagen?

LT-Drucksache 17/14137 vom 14.06.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 10.06.2021 auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Wibke Brems und Johannes Rimmel (Bündnis 90/Die Grünen) vom 06.05.2021

Betreffend: Können Außenbereichssatzungen ein Instrument zur Verhinderung der Windenergie sein?

LT-Drucksache 17/14123 vom 10.06.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 08.06.2021 auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Josefine Paul und Johannes Remmel (Bündnis 90/Die Grünen) vom 10.05.2021

Betreffend: Festsetzung von neuen Windenergie-Abstandsregelungen in NRW und die Folgen für Windkraftanlagen im Kreist Soest: Weitere Antworten erforderlich!

LT-Drucksache 17/14087 vom 08.06.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 08.06.2021 auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Johannes Remmel (Bündnis 90/Die Grünen) vom 10.05.2021

Betreffend: Festsetzung von neuen Windenergie-Abstandsregelungen in NRW und die Folgen für Windkraftanlagen im Märkischen Kreis: Weitere Antworten erforderlich!

LT-Drucksache 17/14086 vom 08.06.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 08.06.2021 auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Johannes Remmel (Bündnis 90/Die Grünen) vom 10.05.2021

Betreffend: Festsetzung von neuen Windenergie-Abstandsregelungen in NRW und die Folgen für Windkraftanlagen im Kreis Siegen-Wittgenstein: Weitere Antworten erforderlich!

LT-Drucksache 17/14085 vom 08.06.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 08.06.2021 auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Johannes Remmel (Bündnis 90/Die Grünen) vom 10.05.2021

Betreffend: Festsetzung von neuen Windenergie-Abstandsregelungen in NRW und die Folgen für Windkraftanlagen im Kreis Olpe: Weitere Antworten erforderlich!

LT-Drucksache 17/14084 vom 08.06.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 08.06.2021 auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Johannes Remmel (Bündnis 90/Die Grünen) vom 10.05.2021

Betreffend: Festsetzungen von neuen Windenergie-Abstandsregelungen in NRW und die Folgen für Windkraftanlagen im Hochsauerlandkreis: Weitere Antworten erforderlich!

LT-Drucksache 17/14083 vom 08.06.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 28.05.2021 auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Wibke Brems und Johannes Remmel (Bündnis 90/Die Grünen) vom 21.04.2021

Betreffend: Festsetzung von neuen Windenergie-Abstandsregelungen in NRW und die Folgen für (Bürger-)Windparks: Antworten erforderlich!

LT-Drucksache 17/13921 vom 04.06.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 28.05.2021 auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Christian Loose (AfD) vom 04.05.2021

Betreffend: Brandgefahr von Windindustrieanlagen und Bindung der Einsatzkräfte von Feuerwehren, THW und Polizei

LT-Drucksache 17/13919 vom 04.06.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Kleine Anfrage der Abgeordneten Wibke Brems (Bündnis 90/Die Grünen) vom 01.06.2021

Betreffend: Hat die Landesregierung die versprochenen Maßnahmen zur Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung für Windenergieanlagen umgesetzt?

LT-Drucksache 17/13944 vom 02.06.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Kleine Anfrage der AfD-Fraktion vom 11.05.2021

Betreffend: Gesundheitsschutz statt Fake-Klimaschutz – Die Gefahr schwingt in der Luft – Sofortiges Moratorium für Windindustrieanlagen

LT-Drucksache 17/13762 vom 12.05.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Kleine Anfrage des Abgeordneten Christian Loose (AfD) vom 04.05.2021

Betreffend: Brandgefahr von Windindustrieanlagen und Bindung der Einsatzkräfte von Feuerwehren, THW und Polizei

LT-Drucksache 17/13604 vom 05.05.2021

→ [Zur Drucksache](#)

i. Rheinland-Pfalz

Antwort der Landesregierung vom 10.06.2021 auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Marcus Klein (CDU) vom 19.05.2021

Betreffend: Windenergieanlagen im Bereich der POLYGONE (Bann, Landkreis Kaiserslautern)

LT-Drucksache 18/198 vom 10.06.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Helmut Martin (CDU) vom 11.05.2021

Betreffend: Geplanter Bau von Windkraftanlagen auf dem sog. Roten Kopf bei Hallgarten

LT-Drucksache 17/14990 vom 14.05.2021

→ [Zur Drucksache](#)

j. Sachsen

Kleine Anfrage des Abgeordneten Marco Böhme (Die Linke) vom 02.06.2021

Betreffend: Bürgerwindpark Pegau

LT-Drucksache 7/6690 vom 02.06.2021

→ [Zur Drucksache](#)

k. Thüringen

Mündliche Anfrage des Abgeordneten Cotta (AfD) vom 22.06.2021

Betreffend: Genehmigung und Bau von Windkraftanlagen im Landkreis Hildburghausen

LT-Drucksache 7/3574 vom 24.06.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Kleine Anfrage des Abgeordneten Hoffmann (AfD) vom 02.06.2021

Betreffend: Schaffung von Ausgleichsflächen durch den Bau von Windkraftanlagen in Thüringen

LT-Drucksache 7/2176 vom 16.06.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Kleine Anfrage des Abgeordneten Hoffmann (AfD) vom 11.05.2021

Betreffend: Windvorranggebiet Beinerstädter Höhe/Beinerstadt - Teil I, Teil II

LT-Drucksache 7/2128 und 7/2129 vom 08.06.2021

- [Zur Drucksache \(Teil I\)](#)
- [Zur Drucksache \(Teil II\)](#)

III. Aktuelle Rechtsprechung

1. Bundesverwaltungsgericht

BVerwG mit Beschluss vom 23.03.2021 - 4 B 24/20

Erfolgreiche Nichtzulassungsbeschwerde nach Abweisung einer Verpflichtungsklage auf Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung für zwei WEA

Aus dem Inhalt: Funktionsfähigkeit einer seismologischen Messstation als öffentlicher Belang i. S. v. § 35 Abs. 3 Satz 1 BauGB; Vorbelastung durch andere Emissionsquellen

BVerwG mit Beschluss vom 15.03.2021 - 4 B 16/20

Erfolgreiche Nichtzulassungsbeschwerde nach erfolgloser Klage gegen einen Planfeststellungsbeschluss über die Errichtung und den Betrieb einer Erdgasleitung im räumlichen Zusammenhang mit einem Windpark

Aus dem Inhalt: Erforderlichkeit eines Gegengutachtens zu Mindestabständen zwischen Erdgasleitungen und Windenergieanlagen

2. Oberverwaltungsgerichte/Verwaltungsgerichtshöfe

OVG Berlin mit Beschluss vom 25.05.2021 - OVG 11 N 54.17

Erfolgloser Berufungszulassungsantrag nach erfolgloser Anfechtung der betriebsbezogenen Nebenbestimmungen zur Vermeidung von Schattenwurf im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsbescheid für zwei WEA

Aus dem Inhalt: Selbstständige Anfechtbarkeit von Betriebszeitregulierungen wegen immissionsschutzrechtlicher Anforderungen; tatsächliches „Schattenwurf-Kontingent“ am maßgeblichen Immissionsaufpunkt ohne und mit Berücksichtigung meteorologischer Parameter

OVG Berlin mit Beschluss vom 19.05.2021 - OVG 11 S 26/20

Überwiegend erfolgreiche Beschwerde nach erfolgloser Anfechtung einer betriebsbezogenen Nebenbestimmung zur Vermeidung von Kollisionsrisiken für Fledermäuse im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsbescheid für sieben WEA

Aus dem Inhalt: Selbstständige Anfechtbarkeit von Betriebszeitregulierungen wegen artenschutzrechtlicher Anforderungen

OVG Berlin mit Urteil vom 02.03.2021 - OVG 10 A 17.17

Erfolgreicher Normenkontrollantrag gegen sachlichen Teilregionalplan mit Eignungsgebieten für die Windenergienutzung und der Wirkung des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB

Aus dem Inhalt: Möglichkeit der auf die Ausschlusswirkung bezogenen Teilnichtigkeit eines Regionalplans; Verfahrensfehler: fehlerhafte Belehrung über die Form der Stellungnahme bei öffentlicher Bekanntmachung, Ausfertigungsmangel, Beachtlichkeit formeller Fehler, Fehlerfolgen

OVG Greifswald mit Beschluss vom 18.05.2021 - 1 M 235/21 OVG

Erfolgreiche Beschwerde nach erfolglosem Antrag auf Erlass einer Zwischenverfügung im einstweiligen Rechtsschutzverfahren gegen den immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsbescheid für acht WEA durch die Standortgemeinde

Aus dem Inhalt: Angeordnete Vergrümmungsmaßnahmen zur Ermöglichung der geplanten Bauwerke; rechtliche Voraussetzungen einer Zwischenverfügung

OVG Koblenz mit Beschluss vom 09.02.2021 - B 11505/20

Erfolgreiche Beschwerde nach erfolglosem einstweiligem Rechtsschutzverfahren gegen immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsbescheid für drei WEA

Aus dem Inhalt: Disponibilität der Zweckmäßigkeitserklärung der zuständigen Behörde nach § 7 Abs. 3 Satz 1 UVPG; Artenschutzrecht: Zulässigkeit einer nach Fledermausart undifferenzierten Schlagopfergrenze (<2) je Anlage, Verwendung älterer avifaunistischer Gutachten; § 35 Abs. 3 Satz 2 (Ziele der Raumordnung): Rückwirkung von Z 163 d LEP IV, Erfüllung von Z 163 g LEP IV durch nachträgliche Genehmigungsverfahren; Z 163 h LEP IV; öffentliches Interesse am Ausbau erneuerbarer Stromerzeugungskapazitäten

OVG Lüneburg mit Beschluss vom 14.05.2021- 12 LA 175/18

Erfolgreicher Berufungszulassungsantrag gegen die Aufhebung eines immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsbescheides für fünf WEA

Zum Inhalt: Hinwegsetzen der Genehmigungsbehörde über die Entscheidung des Bundesaufsichtsamtes für Flugsicherung; formell-rechtlicher und materiell-rechtlicher Inhalt von § 18a Abs. 1 LuftVG, Bindungswirkung der Entscheidung

OVG Lüneburg mit Urteil vom 12.04.2021 - 12 KN 159/18

Teilweise erfolgreicher Normenkontrollantrag gegen einen sachlichen Teilregionalplan zur Windenergienutzung

Aus dem Inhalt: Materielle Fehler: pauschale Übernahme der Sondergebiete Windenergienutzung aus der kommunalen Bauleitplanung in die Positivflächenplanung, unzulässige Negativflächenplanung (pauschale Übernahme von Landschaftsschutzgebieten, Mindestabstände zur Wohnbebauung); Teilbarkeit eines Regionalplans

OVG Lüneburg mit Urteil vom 12.04.2021 - 12 KN 11/19

Erfolgreicher Normenkontrollantrag gegen Konzentrationszonenplanung für Windenergie

Aus dem Inhalt: Fehlende Bestimmtheit einer Positivflächenplanung bei kumulativer Zweckbestimmung; Fehlerhafte Tabuzonenplanung, harte Tabuzone (fehlende Berücksichtigung von Abständen zur Energieversorgungsinfrastruktur, Grenzabständen nach einschlägigem Bauordnungsrecht und „Turbulenzabständen“), weiche Tabuzonenplanung („verkappt harte“ Siedlungsabstände, keine Umdeutung in harte Tabuzonen)

OVG Magdeburg mit Beschluss vom 03.05.2021 - 2 R 9/21

Erfolgloser Eilrechtsschutzantrag einer Nachbargemeinde gegen einen immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsbescheid für drei WEA

Aus dem Inhalt: Entscheidungserheblichkeit öffentlicher Belange (Artenschutz, Denkmalschutz) bei Rechtsmitteln der Nachbargemeinde; interkommunales Abstimmungsgebot und Planungshoheit

OVG Münster mit Beschluss vom 04.05.2021 - 7 B 417/21

Erfolgloser Eilrechtsschutzantrag gegen einen immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsbescheid für vier WEA

Aus dem Inhalt: Nachträgliche Anpassung der Maßnahmen (Vergrämung und Abschaltung) zur Senkung des Kollisionsrisikos für Rotmilan

OVG Münster mit Beschluss vom 16.04.2021 - 7 B 184/21

Erfolgreiche Beschwerde nach Ablehnung eines Eilrechtsschutzantrags gegen einen immissionschutzrechtlichen Genehmigungsbescheid für eine WEA

Aus dem Inhalt: Lärmschutz, Plausibilität eines Schallausbreitungsgutachtens mit der Annahme von Mitwindbedingungen, (keine) Vorbelastung durch nicht genehmigte Emissionsquelle; optisch bedrückende Wirkung

VGH München mit Beschluss vom 20.04.2021 - 22 A 21.40004

Unzuständigkeitserklärung des VGH nach Verweisungsbeschluss des VG mit Blick auf die Regelung des § 48 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3a VwGO; Anrufung des BVerwG

Aus dem Inhalt: Grundsatz des intertemporalen Prozessrechts bei Anhängigkeit und gleichzeitiger Änderung des Prozessrechts; Bindungswirkung des Verweisungsbeschlusses

3. Verwaltungsgerichte

VG Augsburg mit Urteil vom 29.03.2021 - Au 9 K 18.1392

Erfolgreiche Verpflichtungsklage auf nachträglichen Erlass naturschutzrechtlicher Anordnungen zu bestandskräftigen immissionsschutzrechtlichen Genehmigungen für zwei WEA

Aus dem Inhalt: Reichweite des Begriffs Aufsichts- und Überwachungsmaßnahmen i. S. v. § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 UmwRG; Anwendungsbereich von § 21 BImSchG, Anwendungsbereich und Maßstab von § 3 Abs. 2 BNatSchG; Letztentscheidungsbefugnis der BImSchG-Behörde

VG Karlsruhe mit Urteil vom 12.04.2021 - 9 K 3203/19

Erfolgreiche Anfechtungsklage eines Nachbarn gegen den immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsbescheid für elf WEA

Aus dem Inhalt: Wirkung des § 48 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3a VwGO auf bereits rechtshängige Verfahren; (kein) Aufhebungsanspruch eines Nachbarn aus § 4 Abs. 1, Abs. 1a, Abs. 3 Nr. 1 UmwRG wegen unterlassener FFH-Verträglichkeitsprüfung nach fehlerhafter FFH-Vorprüfung, Übertragbarkeit von § 4 Abs. 1 Satz 2 UmwRG auf FFH-Vorprüfung; Verfahrensfehlerhaftigkeit bei nicht konzentrierter Waldumwandlungsgenehmigung aber gemeinsamer UVP für Windfarm und Waldumwandlung; Lärmschutz; Rücksichtnahmegebot bezüglich optischer Beeinträchtigungen

4. Zivilgerichte

BGH mit Beschluss vom 06.05.2021 – V ZR 189/20

Erfolgreiche Nichtzulassungsbeschwerde nach Abweisung der Nachbarklage auf Rückbau einer WEA in der Berufungsinstanz

Aus dem Inhalt: Gesichtspunkte für die Streitwertfestsetzung im Falle einer Nachbarklage auf Rückbau einer WEA

OLG Celle mit Beschluss vom 18.01.2021 – 4 U 66/19

Erfolgreiche Berufung nach Abweisung einer Klage auf Räumung und Herausgabe von Grundstücken, die für Windenergievorhaben genutzt werden

Aus dem Inhalt: Abgrenzung einer Verpflichtung über die Einräumung von Dienstbarkeiten zu Miet- und Pachtvertragsverhältnissen, diesbezügliche Formerfordernisse

IV. Literatur

1. Juristische Aufsätze und Beiträge

Fachagentur Windenergie an Land

Mustervertrag für kommunale Teilhabe nach EEG

Juni 2021

Aus dem Inhalt: „Mit dem § 36k EEG 2021 verabschiedete die Bundesregierung eine neue Regelung, die es ermöglicht, Gemeinden im Umfeld zukünftiger Windenergieanlagen finanziell stärker (...) profitieren zu lassen. Die Umsetzung der Regelung (...) erfordert eine vertragliche Regelung. In diesem Zusammenhang wurde Anfang des Jahres der Bedarf nach einem zwischen Branche und Kommunen abgestimmten Mustervertrag an die FA Wind herangetragen. (...)“

Der vorliegende Mustervertrag regelt detailliert relevante Aspekte für die Umsetzung des § 36k EEG 2021. Er ist so konstruiert, dass er bereits während der Projektentwicklung, vor der Genehmigung der Anlagen, abgeschlossen werden kann. Erläuterungen zu den einzelnen Paragraphen des Vertrags sowie Informationen zu Hintergründen und relevanten rechtlichen Kontexten des Mustervertrags sind in einem umfangreichen Beiblatt zusammengestellt. Um ein noch früheres Herantreten an die Gemeinde zu ermöglichen, wird zusätzlich eine Verpflichtungserklärung als Muster vorgelegt. Diese schafft schon während der Flächensicherung eine Möglichkeit, die Umsetzung des § 36k EEG 2021 mit den betroffenen Kommunen zu kommunizieren.“

→ [Mehr](#)

Fachagentur Windenergie an Land

Schmidt-Eichstaedt, Gerd/Söfker, Wilhelm/Roscher, Marianna

Diskussionspapier: Repowering im Planungsrecht fördern – Zwei planungsrechtliche Vorschläge zur Diskussion

Mai 2021

Aus dem Inhalt: „Mit Auslaufen der Förderung nach dem Erneuerbaren-Energie-Gesetz (EEG 2021) für die ersten Windenergieanlagen an Land tritt die Notwendigkeit, sich mit dem Repowering zu befassen, verstärkt in den Vordergrund. Um in der Zukunft das Repowering auf Seiten des Planungsrechts mehr zu befördern und dementsprechend passende Flächen bereitzustellen bzw. zu erhalten, haben sich in den letzten Jahren für die Praxis Herausforderungen gestellt. Daraus hat sich zunehmend ein Diskurs entwickelt, aus dem erste ausgereifte Plankonzepte und Lösungsansätze zur Optimierung des Repowerings erwachsen sind. Maßgebliche Fragen bleiben dennoch offen bzw. werden unterschiedlich behandelt. Hier gilt es zukünftig anzusetzen und den bestehenden Dialog zu vertiefen.“

→ [Zum Dokument](#)

Himstedt, Jana

Die Berücksichtigung von Verkehrsbelangen bei der gestuften raumplanerischen Steuerung von Offshore-Windparks in der ausschließlichen Wirtschaftszone

Zeitschrift für öffentliches Recht in Norddeutschland (NordÖR) 2021, Heft 5, S. 209 – 211

Aus dem Inhalt: „Der Aufsatz umreißt das zukünftige maßgebliche Planungsmodell für Offshore-Windparks nach dem WindSeeG („zentrales Modell“) und erörtert, inwiefern Belange der Seeschifffahrt auf den jeweiligen Verfahrensstufen Eingang in die behördliche Prüfung finden. Dabei werden die Inhalte und Intensität der Verkehrsverträglichkeitsprüfung auf jeder Entscheidungsebene anhand der Regeln der „planerischen Abschichtung“ hergeleitet. Schließlich wird auch die entsprechende Planungs- und Zulassungspraxis des zuständigen Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie dargestellt.“

Stiftung Klimaneutralität

Genehmigungsverfahren beschleunigen mit einem Windenergie-an-Land-Gesetz – Ein Regelungsvorschlag

Mai 2021

Aus dem Inhalt: „Klimaneutralität setzt einen zügigen Ausbau der Windenergie voraus. Bis zum Jahr 2030 muss die installierte Leistung von Windenergieanlagen an Land mindestens 80 GW erreichen, bis zur Klimaneutralität in 2045 müssen es sogar 145 GW werden. Der Ausbau der Windenergie an Land ist in den letzten Jahren allerdings eingebrochen. Eine der wesentlichen Ursachen sind die überlangen Genehmigungsverfahren, die sich in vielen Fällen inzwischen über Jahre hinziehen. Die Länge der Verfahren führt zudem häufig dazu, dass auf bestimmte Anlagentypen ausgelegte Anträge völlig neu gestellt werden müssen, wenn die beantragten Anlagen nicht mehr verfügbar sind oder der Antragsteller auf modernere Anlagen umsteigen möchte. Ohne eine grundlegende Reform des Zulassungsrechts mit einer deutlichen Beschleunigung der Genehmigungsverfahren lassen sich weder die Ausbauziele für die Windenergie noch die Klimaziele erreichen. Das hier vorgeschlagene Windenergie an Land Gesetz (WindLandG) dient diesem Zweck. Die Genehmigungsverfahren werden aus dem Bundesimmissionsschutzgesetz herausgelöst und in ein technologiespezifisches Zulassungsregime überführt, das an die Besonderheiten der Windenergie an Land angepasst ist.“

→ [Zum Dokument](#)

Stiftung Klimaneutralität

Bringewat, Jörn/Scharfenstein, Clara

Entwurf für ein Windenergie-an-Land-Gesetz – Ein Vorschlag der Stiftung Klimaneutralität

Mai 2021

→ [Zum Dokument](#)

Stiftung Klimaneutralität

Klimaschutz und Artenschutz – Wie der Zielkonflikt beim Ausbau der Windenergie konstruktiv aufgelöst werden kann – Ein Regelungsvorschlag

Mai 2021

Aus dem Inhalt: „Der Windenergie kommt bei der Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft eine zentrale Rolle zu. Ohne sie kann die Versorgung der Mobilitäts-, Gebäude- und Industriegesektoren mit CO₂-freier Energie nicht gelingen. Bis 2030 werden Windenergieanlagen an Land mit einer installierten Leistung von 80 GW benötigt, bis 2045 sogar 145 GW. Ende 2020 waren jedoch erst knapp 55 GW installiert. Der Ausbau der Windenergie an Land ist jedoch in den letzten drei Jahren massiv eingebrochen. Dieser Trend muss dringend umgekehrt werden. Neben dem Mangel an verfügbaren Flächen ist einer der wesentlichen Gründe für diesen Einbruch der ungelöste Zielkonflikt mit dem Artenschutz. Immer öfter landen Streitfragen vor den Gerichten; bislang ist es nicht gelungen, Klimaschutz und Artenschutz in Einklang zu bringen. Die Stiftung Klimaneutralität hat daher einen Vorschlag zur Lösung des Zielkonflikts zwischen Klimaschutz und Artenschutz beim Ausbau der Windenergie erarbeitet. Unser Regelungsvorschlag beinhaltet eine Vereinfachung und Beschleunigung der Zulassung von Windenergieanlagen durch eine gesetzlich geregelte artenschutzrechtliche Ausnahme im Einklang mit den Vorgaben des Artikel 9 der Vogelschutz-Richtlinie. Durch Schutzabstände um nachgewiesene Nistplätze wird sichergestellt, dass dies nicht zu Bestandsrückgängen von Vogelarten führt. Darüber hinaus schlagen wir die Auflage eines Bund-Länder-Programms zum Erhalt der Vogelbestände vor.“

→ [Zum Dokument](#)

Uwer, Dirk/Andersen, Lennart

Das Windenergie-auf-See-Gesetz und das Verfassungsrecht: Eine Vervollständigung in drei Etappen

Recht der Erneuerbaren Energien (REE) 2021, Heft 2, S. 61 – 67

Aus dem Inhalt: „Mit der Einführung des § 10a im Rahmen der Änderungen des Windenergie-auf-See-Gesetzes (WindSeeG) vom 3.12.2020 hat ein wichtiger energierechtlicher Reformierungsprozess aus verfassungsrechtlicher Sicht seinen (zumindest vorläufigen) Abschluss gefunden. Startpunkt und erste Etappe dieses Prozesses war die Neuordnung der Zulassungspraxis im Offshore-Windenergierecht: Das WindSeeG löste die bis zum Jahr 2016 geltenden Zulassungsvorgaben der Seeanlagenverordnung (SeeAnIV) ab. Beenden konnte der Gesetzgeber den Reformierungsprozess hierdurch jedoch nicht. Vielmehr folgte eine zweite Etappe, da das Bundesverfassungsgericht den mit dem WindSeeG einhergehenden Systemwechsel überprüfte und nur überwiegend billigte. Hierbei stellte das Bundesverfassungsgericht im Beschluss vom 30.6.2020 insbesondere in der Verfahrensbeendigung durch § 46 Abs. 3 Satz 1 WindSeeG einen Verstoß gegen das allgemeine Vertrauensschutzgebot aus Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 20 Abs. 3 GG fest. Konfrontiert mit diesem verfassungsgerichtlichen festgestellten Korrekturbedarf hat der Gesetzgeber nunmehr als dritte Etappe

durch § 10a WindSeeG eine Ausgleichsregelung geschaffen, die das insoweit bislang verfassungsrechtlich unzureichende Offshore-Windenergierecht komplettiert. Auch die übrigen Vorschriften des WindSeeG lassen derzeit keine weiteren verfassungsrechtlich veranlassten Etappen erwarten.“

Wagner, Stephan

Raumordnerische Mengenvorgaben für den Ausbau erneuerbarer Energien

Zeitschrift für deutsches und internationales Bau- und Vergaberecht (ZfBR), 2021, Heft 4, S. 385 – 393

Aus dem Inhalt: „Im Zuge forcierterer Klimaschutzanstrengungen der Raumordnung geraten vermehrt Möglichkeiten in den Blickpunkt, den erforderlichen Ausbau der erneuerbaren Energien mit flächen- respektive anlagenbezogenen Mengenvorgaben raumordnerisch zu steuern. Unter Steuerungsgesichtspunkten erscheint dies schon deshalb sinnvoll, um den durch Drosselung der fossilen Energieerzeugung entstehenden Mehrbedarf an erneuerbarer Energiegewinnung für die Raumordnung abbilden und auf deren Ausbau gerichtete Planungsaktivitäten übergreifend koordinieren zu können. Die im Wege der raumplanerischen Standortsteuerung erfolgende Ausweisung ausreichender Flächenkapazitäten erhält auf diese Weise einen normativen Bezugspunkt. In Praxis und Literatur stehen Mengenvorgaben hinsichtlich des Windkraftausbaus im Vordergrund. Daneben haben aber insbesondere auch Mengenvorgaben zur Steuerung der Solar- und Bioenergienutzung praktische und konzeptionelle Relevanz. Zu unterscheiden sind jeweils gebietsbezogene, standortbezogene und anlagenbezogene Mengenvorgaben, die ihrerseits wiederum in unterschiedlichen Varianten möglich sind.“

2. Bücher

Epple, Wolfgang

Windkraftindustrie und Naturschutz: Windkraft – Landschaftsschutz – Naturschutz – Ethik

Mai 2021

Aus dem Inhalt: „Die gegenwärtig umfassendste Sammlung von Fakten und Argumenten gegen den Mythos und Narrativ der Weltrettung durch Windkraft. Beleuchtet werden die negativen Auswirkungen der Windkraft auf Landschaft, Wälder und Arten, die jüngste Entwicklung der prekären Rechtslage für den Natur- und Landschaftsschutz, Einordnung der naturethischen Aspekte des Konflikts Windkraft contra Naturschutz. Ein umfangreiches Stichwortverzeichnis und Hinweise auf ausgesuchte, relevante Literatur machen die Denkschrift zum windkraftkritischen Handbuch für Naturfreunde und Naturschützer.“

3. Sonstige wissenschaftliche Veröffentlichungen

Fachagentur Windenergie an Land

21. Ausschreibung für Windenergieanlagen an Land (Februar 2021) – Eine Analyse

Mai 2021

Aus dem Inhalt: „In der ersten Ausschreibungsrunde des Jahres 2021 für Windenergieanlagen an Land wurden 1.500 MW auktioniert – das bis dahin größte Volumen eines Gebotstermins. Entsprechend blieb auch ein erheblicher Teil der Auktionsmenge ungenutzt; da die Genehmigungslage weiterhin nicht ausreichend war, um die Ausschreibungsmengen vollumfänglich bedienen zu können. Eingereicht wurden 91 Gebote für 719 MW Windenergieleistung an potenziellen Anlagenstandorten in elf Bundesländern. Erstmals seit eineinhalb Jahren gab es kein Gebot einer Bürgerenergiegesellschaft. Die Bundesnetzagentur konnte letztlich 89 Gebote mit 691 MW Leistung, die in 153 Neuanlagen installiert werden sollen, einen Zuschlag erteilen. Zum ersten Mal erhielten auch zwei sog. Zusatzgebote für mehr realisierte Leistung in bereits laufenden Anlagen eine Vergütungszusage.“

→ [Zum Dokument](#)

Fachagentur Windenergie an Land

Ausbausituation der Windenergie an Land im Frühjahr 2021

April 2021

Aus dem Inhalt: „In den ersten drei Monaten des Jahres 2021 gingen 131 Neuanlagen mit 526 MW Leistung in elf Bundesländern in Betrieb – ein Plus von 50 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum 2020. Stillgelegt wurden im selben Zeitraum 55 Altanlagen bzw. 58 MW Leistung. Die Situation der neu erteilten Genehmigungen zeigte sich noch dynamischer als beim Zubau. Bis Ende März wurden rund 1.100 MW Windenergieleistung bewilligt, davon allein 800 MW im März. Damit hat sich die neu genehmigte Leistung gegenüber dem ersten Quartal des Vorjahres (502 MW) mehr als verdoppelt. Die 230 genehmigten Windturbinen verteilen sich auf 13 Bundesländer. Der in diesem Frühjahr am häufigsten in Betrieb gegangene Anlagentyp war die E-138 von Enercon. Der meist genehmigte Anlagentyp der ersten drei Monate war die N149 von Nordex. In der sogenannten Südregion beträgt der Anteil an den Inbetriebnahmen rund zehn Prozent. Von der bundesweit genehmigten Windenergieleistung sind lediglich sechs Prozent südlich der Mainlinie verortet. Beide Quoten haben sich dort gegenüber dem Vergleichszeitraum 2020 nochmals verschlechtert. Nach Datenlage des Marktstammdatenregisters waren Ende März rund 28.100 Windräder mit einer Stromerzeugungsleistung von 54.900 MW in Deutschland am Netz.“

→ [Zum Dokument](#)

Helmholtz Zentrum für Umweltforschung**UFZ Discussion Papers – Quantifying trade-offs for the spatial allocation of onshore wind generation capacity – a case study for Germany**

Mai 2021

Aus dem Inhalt: "The deployment of onshore wind power is an important means to mitigate climate change. However, wind turbines also have negative impacts at the local scale, like disamenities to residents living nearby, changes in landscape quality, or conflicts with nature conservation. Our paper analyses how these impacts affect the optimal siting of wind turbines, as compared to a spatial allocation focused solely on minimizing generation costs. To quantify the spatial trade-offs between these criteria, we propose a novel approach using Pareto frontiers and a Gini-like potential trade-off indicator. Our analysis builds on a spatial optimization model using geographical information system data for Germany. We show that spatial trade-offs between the criteria under consideration are significant. The size of the trade-off varies substantially with the criteria under consideration, depending on the spatial heterogeneity of each criterion as well as on the spatial correlation between the criteria. Spatial trade-offs are particularly pronounced between nature conservation (measured by impacts on wind powersensitive birds) and other criteria."

[→ Zum Dokument](#)**Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende****Anforderungen an Antikollisionssysteme zum Schutz von Vögeln an Windenergieanlagen – Checkliste für eine qualifizierte Entscheidung über die Anwendbarkeit**

Juni 2021

Aus dem Inhalt: „Abschaltungen gelten als wirksam, wenn es darum geht, Kollisionsrisiken zu senken. Jedoch führen Abschaltungen über längere Zeiträume – zum Beispiel während der gesamten Brut- und Fortpflanzungszeit – zu starken Verlusten bei der Anlageneffizienz. Ereignisbezogene Abschaltungen auf Basis technischer kamera- oder radarbasierter Überwachungssysteme hingegen könnten Abschaltzeiten reduzieren. Voraussetzung ist, dass sie ebenso zuverlässig das erhöhte Tötungsrisiko für kollisionsgefährdete Vogelarten hinreichend senken, um damit das Eintreten des artenschutzrechtlichen Verbotstatbestandes zu verhindern. Die allgemeine Funktionsweise von Antikollisionssystemen (AKS) und zentrale Begriffe werden in BfN et al. (2020) erklärt. KNE (2020) liefert eine Übersicht über Funktionsweise und Erkenntnisstand zur Leistungsfähigkeit verschiedener Systeme. Die vorliegende Checkliste soll – solange keine landesweiten Regelungen vorliegen – Behörden dabei unterstützen, zu beurteilen, ob ein AKS zur Senkung eines signifikant erhöhten Tötungsrisikos an einem bestimmten Standort als fachlich geeignete Maßnahme in Frage kommt.“

[→ Zum Dokument](#)

Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende**Fachgespräch „Schwarze Rotorblätter“ – Eine wirksame Vermeidungsmaßnahme zur Verminderung von Vogelkollisionen an Windenergieanlagen?**

Mai 2021

Aus dem Inhalt: „Die Idee Windenergieanlagen (WEA) – insbesondere deren Rotorblätter – für Vögel besser sichtbar zu machen dürfte so alt sein, wie die ersten Registrierungen von Vogel-Kollisionsopfern selbst. Im Fokus standen hierbei seit jeher die Greifvögel, da sie bezogen auf ihre Bestandszahlen relativ häufig Kollisionsopfer werden. Ein Großteil der Vogelkollisionen an WEA erfolgt an den sich drehenden Rotoren (z. B. Dürr 2011), die an den Flügelspitzen bei mittlerer Windstärke Geschwindigkeiten von bis zu 250 Stundenkilometern und mehr erreichen. Über die Einfärbung von Rotorblättern zur Verminderung der Zahl an Vogelkollisionen wurde mindestens seit Mitte der 1990er Jahre auf internationalen Konferenzen diskutiert. Seit Anfang der 2000er Jahre finden sich Beiträge hierzu in der Fachliteratur. Zunächst waren es einzelne Laborstudien, die eine verbesserte Wahrnehmbarkeit der Rotoren nahelegten. In den wenigen Freilandstudien, in denen die Wirkung unterschiedlicher Lackierungen von Rotorblättern getestet wurde, konnten zunächst aber keine hinreichenden Wirksamkeitsbelege gefunden werden. May et al. (2020) veröffentlichten eine Studie, die belegte, dass eine nachträgliche schwarze Lackierung eines Rotorblattes an WEA im norwegischen Windpark Smøla zu einer Senkung der Kollisionsrate um 72 Prozent über alle Vogelarten (außer Moorschneehühner) führte. Sowohl an das Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende (KNE) als auch an das Bundesamt für Naturschutz (BfN) wurden daher Fragen zur Einschätzung der Ergebnisse herangetragen.“

[→ Zum Dokument](#)**Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende****Dichtezentrenkonzepte - Fachliche Herleitung sowie Umsetzung in den Ländern**

März 2021

Aus dem Inhalt: „Der Ausbau der Windenergie, ein zentraler Baustein der Energiewende, ist ins Stocken geraten. Zugleich wird es immer fraglicher, ob die mit dem Klimaschutzprogramm der Bundesregierung beschlossenen CO₂-Minderungsziele bis 2030 überhaupt erreicht werden können. Hemmnisse des notwendigen Ausbaus bzw. für die Realisierung von Windenergieanlagen bestehen unter anderem aufgrund eines geringen Potenzials an verfügbaren Flächen. Dabei spielen auch Konflikte aufgrund artenschutzrechtlicher Regelungen eine Rolle. Es stellt sich daher die Frage, wie die derzeit bestehenden Hemmnisse unter Berücksichtigung der artenschutzrechtlichen Belange vermindert werden, um den Ausbau der Windenergie zu ermöglichen.“

[→ Zum Dokument](#)

Umweltbundesamt

Aktualisierung und Bewertung der Ökobilanzen von Windenergie- und Photovoltaikanlagen unter Berücksichtigung aktueller Technologieentwicklungen

Mai 2021

Aus dem Inhalt: „Windenergie und Photovoltaik sind die tragenden Säulen eines auf erneuerbaren Energien basierenden Stromsystems. In diesem Vorhaben wurden deren Energie- und Materialbilanzen sowie weitere Wirkungsindikatoren über den gesamten Lebenszyklus betrachtet und aktualisiert. Neben verschiedenen Herstellungsszenarien wurden auch Sensitivitäten berechnet, indem etwa die Nutzungsdauer der Anlagen variiert wurde. Die Ergebnisse zeigen, dass selbst im ungünstigsten Fall die vor allem in der Herstellungsphase entstehenden Treibhauspotenziale pro erzeugter Kilowattstunde Wind- und Photovoltaikstrom um ein Vielfaches unterhalb konventioneller Stromerzeugungsarten liegen. Gegenüber früheren Ökobilanzstudien wird deutlich, dass der Fortschritt bei der Anlagentechnik dazu beitrug, das bereits sehr geringe Treibhauspotenzial weiter zu reduzieren.“

→ [Zum Dokument](#)

4. Sonstiges

Bundesverband WindEnergie

Stellungnahme zum Regelungsvorschlag der Stiftung Klimaneutralität – „Wie der Zielkonflikt Klimaschutz und Artenschutz beim Ausbau der Windenergie konstruktiv aufgelöst werden kann“

Juni 2021

Aus dem Inhalt: „Am 04.05.2021 veröffentlichte die Stiftung Klimaneutralität einen Regelungsvorschlag zu „Klimaschutz und Artenschutz - Wie der Zielkonflikt beim Ausbau der Windenergie konstruktiv aufgelöst werden kann“. Der Vorschlag basiert auf einem artenschutzrechtlichen sowie einem artenschutzfachlichen Gutachten und enthält im Kern zehn Empfehlungen. Mit dieser Stellungnahme möchte der BWE zu einer konstruktiven Befassung mit dem Regelungsvorschlag anregen und seine Positionen in die laufenden Debatten einbringen.“

→ [Zum Dokument](#)

Bundesverband WindEnergie

Stellungnahme zum Kabinettsbeschluss eines Änderungsantrages zum Gesetzesentwurf der Bundesregierung

Mai 2021

Aus dem Inhalt: „Kurz vor der Verabschiedung des EEG 2021 wurden zahlreiche Veränderungen in den Gesetzesentwurf aufgenommen, die sich als hinderlich für den Ausbau der Windenergie an Land erwiesen haben oder teilweise fehlerhaft waren. Am 20. April 2021 hat die Bundesregierung mit einer Formulierungshilfe für den Deutschen Bundestag angekündigt, offensichtliche Fehler zu beheben.

Gleichzeitig haben sich die Koalitionsfraktionen am 22. April 2021 auf weitere Punkte verständigt, die den Entschließungsantrag zum EEG 2021 aufgreifen und als inhaltliche Verbesserungen über das EEG 2021 hinausweisen. In der Einigung der Koalitionsfraktionen werden auch Sachverhalte wie die Gewerbesteuererlegung angesprochen, die außerhalb des EEG geregelt wurden. Es zeigt sich, dass bei der Erarbeitung des EEG 2021 die Diskussion zur Weiterentwicklung des Gesetzes unzureichend blieb. Wichtige Themenkomplexe wie u.a. des Repowering blieben ausgespart und werden auch jetzt zurückgestellt. Der Bundesverband WindEnergie e.V. mahnt daher erneut weitere umfangreiche Anpassungen an. Der erste kleine Schritt bleibt unzureichend. Noch in dieser Legislatur muss der Gesetzgeber nachbessern. Der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutzgesetz macht die Notwendigkeiten sichtbar. Die verbleibenden Sitzungswochen im Deutschen Bundestag dürfen nicht ungenutzt bleiben.“

→ [Zum Dokument](#)

Bundesverband WindEnergie

Faktencheck: Windenergie und Infraschall

Mai 2021

→ [Zum Dokument](#)

Bundesverband WindEnergie

Wind bewegt – Argumente für die Windenergie

Mai 2021

Aus dem Inhalt: „Windenergie ist Deutschlands wichtigste Stromquelle und produziert mehr Strom als Braunkohle und Steinkohle zusammen. Heute steht das größte generationenübergreifende Projekt Deutschlands, die Energiewende, vor einer neuen Entwicklungsstufe: Digitalisierung und Dezentralisierung sowie eine stärkere Vernetzung durch Blockchain-Technologien werden die nächsten Innovationstreiber der neuen Energiewirtschaft sein. Verbraucher werden mehr und mehr zu Erzeugern und revolutionieren den Strommarkt. Angetrieben von der Idee einer ganzheitlichen Energiewende werden die Erneuerbaren die Bereiche Verkehr und Wärme stärker einnehmen. Deutschland steht hinter der Energiewende und den Klimaschutzzielen. 89 Prozent der Menschen hierzulande begrüßen den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Dennoch werden vielerorts auch hitzige Debatten insbesondere über den Ausbau der Windenergie geführt. Diese Broschüre möchte mit ehrlichen Argumenten und auf Augenhöhe die Diskussionen im Land begleiten.“

→ [Zum Dokument](#)

Bundesverband WindEnergie**BWE-Stellungnahme zum Referentenentwurf – Erste Verordnung zur Änderung der BSI-Kritisverordnung**

Mai 2021

Aus dem Inhalt: „Im vorliegenden Referentenentwurf zur Änderung der BSI-Kritisverordnung wird vorgeschlagen, den Schwellenwert für Erzeugungsanlagen (EZA) von 420 MW auf 36 MW abzusenken. Zukünftig müssten dann sowohl Anlagen oder Systeme zur Steuerung/Bündelung elektrischer Leistung > 420 MW als auch Erzeugungsanlagen > 36 MW die gesetzlichen IT- Sicherheitsanforderungen (insbesondere EnWG, BSI Gesetz) erfüllen. Der jetzige Entwurf verfolgt somit das Ziel auch kleinere Leistungen zu erfassen, um damit auch die Systemstabilität zu erhöhen.“

[→ Zum Dokument](#)**Bundesverband WindEnergie****Faktencheck: Mythen und Fakten zur Windenergie**

Mai 2021

[→ Zum Dokument](#)

Der Newsletter stellt eine Auswahl an windenergiebezogenen Themen dar und hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Irrtümer, Fehler und Änderungen vorbehalten. Auf die Inhalte externer Internetseiten, auf die in diesem Newsletter verlinkt wird, hat die Stiftung Umweltenergierecht keinen Einfluss. Deshalb ist die Stiftung Umweltenergierecht für diese Inhalte nicht verantwortlich und kann für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr und Haftung übernehmen. Für die Inhalte der verlinkten Seiten ist allein der jeweilige Anbieter oder Betreiber der Seiten verantwortlich.

Forschung fördern und gemeinsam mehr bewirken

Um weiterhin als Zukunftswerkstatt für den Rechtsrahmen der Energiewende wichtige Impulse setzen zu können, brauchen wir Ihre Unterstützung! Ihre Spende fördert unsere Forschung und hilft, die Energiewende voranzubringen.



Kontakt

Hannah Lallathin
Referentin Fundraising
lallathin@stiftung-umweltenergierecht.de

Spendenkonto

Sparkasse Mainfranken
IBAN: DE16 7905 0000 0046 7431 83
BIC: BYLADEMISWU

Stiftung Umweltenergierecht

Friedrich-Ebert-Ring 9
97072 Würzburg

Informationen zum Herausgeber

Herausgeber: Stiftung Umweltenergierecht, Friedrich-Ebert-Ring 9, 97072 Würzburg;
V.i.S.d.P.: Thorsten Müller; Kontakt: Tel.: +49 931/794077-0, Fax: +49 931/794077-29,
www.stiftung-umweltenergierecht.de, mail@stiftung-umweltenergierecht.de;
Stiftungsrat: Prof. Dr. Helmuth Schulze-Fielitz, Prof. Dr. Franz Reimer, Prof. Dr. Monika Böhm;
Stiftungsvorstand: Thorsten Müller, Fabian Pause, LL.M. Eur.